

„Dem Deutschen Volke!“, oder die Frage nach dem Gemeinwohl



Alle politische Theorie geht von Fragen aus, die sich um das so genannte „Gemeinwohl“ ranken. Wie sieht es aus, wie schaffen wir es, wie lassen wir es den Menschen zukommen, wer sind die Menschen; kurzum: wie wollen wir innerhalb eines gewissen Territoriums zusammenleben? Im Grunde genommen – und dies sich zu merken, erscheint in meinen Augen von großer Bedeutung – muss jegliches politisches Handeln in letzter Konsequenz auf jenes Gemeinwohl ausgerichtet sein, muss sich jede politische Maßnahme an diesem Wert ausrichten, müssen sich alle denkbaren Zielsetzungen und die mit ihnen verbundenen politischen Domänen unter dieser grundsätzlichen universellen Zielsetzung denken lassen. Es ist das gemeinsame Gute einer Gesellschaft, dessen Gesamtinteresse im Gegensatz zu den mannigfaltigen Individualinteressen.

Gleichwohl ist dieses Gemeinwohl gar nicht so leicht zu bestimmen. Es stellen sich weitere Fragen. Gibt es dieses Gemeinwohl per se? Kann man es bestimmen, bevor man es erreicht (ex ante), oder ist dies nur rückblickend möglich (ex post) und erscheint das Gemeinwohl eher als etwas, das sich auf Erfahrungen stützt? Ist es ein universaler Zustand an sich oder nur ein irgendwie ermittelter Durchschnitts- oder Mehrheitswert aller denkbaren individuellen Zielvorstellungen? Hier kann es schnell philosophisch werden, soll es jetzt aber gar nicht. Das Gemeinwohl, um es wirklich ganz allgemein

Ausgangspunkt jeglichen politischen Denkens ist das Konzept des Gemeinwohls

Gemeinwohl ist ein nicht ganz einfach zu fassender Begriff.

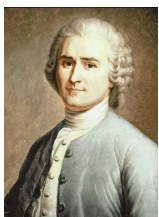
und verständlich zu fassen, soll für viele gelten, ohne dabei die Wenigen aus den Augen zu verlieren und es muss über einen öffentlichen, transparenten und dabei herrschaftsfreien Diskurs (Habermas) erreicht werden, an dem alle Menschen, die es betrifft, teilhaben können.

Dieser Diskurs bedeutet dann – aber auch nur dann, wenn man die angedeutete Auffassung vertritt, dass das Gemeinwohl etwas ist, das nicht a priori (vor allem bereits bestehend) als etwas universell Gültiges vorhanden ist – dass alle denkbaren Interessen verhandelt werden und es am Ende einen Kompromiss-, einen so genannten Konsensus darüber gibt, wie das Gute für alle auszusehen hat. Ja, und dann orientiert man sich daran.

Wie man das Gemeinwohl erreicht.

„Das Gemeinwohl als a priori?“ Konkurrenztheorie vs. Identitätstheorie

Nun noch einmal konkret zu der Frage, ob Gemeinwohl sich a priori (vorab) oder a posteriori (im Nachhinein) schaffen lässt. Wir bereits erwähnt: eine zweifelsfreie Eindeutigkeit ist hier nicht zu erzielen, wohl aber gilt es hier nun, innerhalb der Demokratielehren eine Grunddiskussion widerzuspiegeln und mit ihr jene zwei Theorielinien, deren Unterscheidung ihrerseits nicht frei von Kritik ist. Aber auch hier soll das Konzept der Verständlichkeit und Klarheit gelten.



Die erste Theorie ist von Jean-Jacques Rousseau (Bild) geprägt und nennt sich **Homogenitätstheorie** bzw. **Identitätstheorie**. Homogenitätstheorie, weil Rousseau ihr zufolge von einem einheitlichen (homogenen) Volkswillen ausgeht; Identitätstheorie (lat. idem – der- bzw. dasselbe), weil Rousseau davon ausgeht, dass eine grundlegende Übereinstimmung zwischen dem Willen eines Regierenden und dem Willen der Regierten bestünde. Das Gute, dem es nachzustreben gilt, existiere vor jeglichen gesellschaftlichen Zusammenhängen, Rousseau zufolge in einer Art Urzustand allen Seins, dem **Naturzustand**. Einfach gesprochen: der Mensch, so als Tier gesehen, ist grundsätzlich gut, lebt im Einklang mit der Natur, maßvoll und in friedlicher Koexistenz

Homogenitätstheorie- bzw. Identitätstheorie – der einheitliche, feststehende Volkswille.

mit seinen Mitmenschen oder eben Tieren und wird dann eben in gesellschaftlichen Zusammenhängen sich auch so verhalten bzw. sein Verhalten auf etwas ausrichten, das man am Ende für dessen soziales Habitat dann gut heißen kann. Hier gibt es nichts zu verhandeln, denn dieses Gute ist schlichtweg da. Wichtig wäre jetzt nur noch ein Herrscher, der auch diesen einen Willen in sich trägt. Ist dieser stattdessen eher despotisch veranlagt, so führt ein Herrschaftsstil auf Grundlage der Identitätstheorie – und damit sind wir bei der Kritik an der Theorie – unweigerlich zur Ausbildung einer diktatorischen Ordnung.



Die zweite Theorie ist die **Konkurrenztheorie**. Sie stammt aus dem angelsächsischen Raum und negiert, dass es einen Volkswillen als a priori gibt. Man muss sich hier auch mal klarmachen, dass ein solcher bedeuten würde, dass es überhaupt keine Interessenunterschiede gibt. Diese sahen die Verfechter der Theorie - wie etwa Max Weber oder der österreichische Ökonom Joseph Alois Schumpeter (Bild) - aber durchaus und Gemeinwille und Gemeinwohl sind dann etwas, das sich aus dem Konkurrenzkampf der Interessen, dem Widerstreit der Ideen als die beste herauskristallisiert. Besagter Schumpeter spricht hier von der „demokratischen Methode“; das Volk ist am Aushandlungsprozess beteiligt bzw. führt diesen.

Zweierlei gilt es noch zu betonen. Wie bei Rousseau muss dem Menschen etwas mitgegebenen sein, das Ganze ist nicht frei von „Talent“ zu haben. Der Mensch muss zwar nicht rund um gut sein, doch er muss in der Lage sein, den Konkurrenzkampf fair zu führen und letztlich auch bereit sein, den Konsensus herbeizuführen. Dazu braucht es ein Wertegerüst und ein grundsätzlich positives Menschenbild, das mir hilft, in dem Anderen nicht den Feind zu sehen, den es niederzuringen gilt.

Ganz so ungeordnet und frei von Hierarchie darf man sich jenen Konkurrenzkampf aber auch nicht vorstellen. Es kommt bei der Aushandlung der Interessen zu Bündelungsprozessen und letztlich zur Ausbildung von Parteien, die dann wiederum die Interessen vertreten. Man könnte sagen, das Konzept der so genannten indirekten Demokratie, der repräsentativen Demokratie wohnt der Konkurrenztheorie inne. Diese vermittelte Demokratie kann dazu führen (Stichwort: Parteienverdross), dass die Eliten der Repräsentanten sich vom Willen der Repräsentierten ablösen und sich der einzelne Bürger nicht mehr gemeint und gesehen fühlt und sich aus diesem Grunde abwendet.

Konkurrenztheorie – der
Widerstreit der Ideen.

Inhärentes Prinzip der
Repräsentanz: Der
Konkurrenzkampf führt zu
Bündelungsprozessen und
Bündelungsprozesse zu
Parteien.